

**17. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU  
22. bis 23. November 2018, Magdeburg**

**(TOP 8)**

**Rede des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU Deutschlands  
Prof. Dr. Otto Wulff**

Stand: 20.11.2018

Zwei Jahre sind vergangen, als wir uns an dieser Stelle hier in Magdeburg getroffen und für die nun bereits auch schon wieder verstrichenen zwei Jahre politische Pläne geschmiedet haben. Abgesehen davon, dass leider eine Reihe von guten Freundinnen und Freunden nicht mehr unter uns weilt, haben wir doch einiges erlebt, das nicht nur unser Land, sondern auch andere Regionen in Europa und in der Welt bewegt hat. Haben wir politisch daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen?

Außenpolitisch haben sich mit der Wahl von Donald Trump neue Herausforderungen für uns ergeben, die erstmals darauf hinweisen, dass von einer bislang recht reibungslos und im Wesentlichen gut funktionierenden atlantischen Gemeinschaft nicht mehr ohne Einschränkungen gesprochen werden kann. Wir Deutsche, wie übrigens alle Europäer, werden plötzlich mit der Frage konfrontiert, ob unsere äußere Sicherheit noch in bewährter Weise gegeben ist oder durch eigene zusätzliche Anstrengungen verstärkt werden muss.

Und wie entwickelt sich Europa, insbesondere nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union?

Einmal mehr können wir eine Tatsache beobachten, wie emotional aufgeheizte Volksentscheide mit der Wirklichkeit umgehen und die Briten am Ende erkennen müssen, welche empfindlichen Nachteile damit für sie verbunden sind, die ihnen nachweislich verschwiegen wurden. Das Brexit-Votum ist mit falschen Versprechungen und Ränkespielen erstritten worden, die eine sachliche Debatte blockiert haben. Jetzt merkt offensichtlich die Mehrheit auf der Insel, wie weitgehend Großbritannien bereits mit der EU verzahnt ist und welcher Schaden der Brexit für das Land selbst auslöst.

Eine weitere Gefahr für die Stabilität unseres Kontinents besteht in der neuerdings aufkommenden Distanz einer Reihe seiner Staaten zur Europäischen Gemeinschaft, deren Ursachen auf überholte nationale Egoismen zurückzuführen sind, obwohl wir solche Gefahren noch in bleibender Erinnerung haben sollten.

Alle Europäer müssen sich stattdessen neu definieren. Natürlich muss jedes EU-Mitglied seine Interessen offensiv vertreten können, aber es muss eine Verhandlungsstruktur erhalten bleiben, die den Konsens anstrebt und nicht verhindert.

Den Europäern sollte bewusst sein, dass dies nur gelingen kann, wenn der bislang für alle geltende Wertekanon der westlichen Demokratiegemeinschaft erhalten bleibt. Das verlangt von allen viel Energie und Überzeugungskraft. Doch es lohnt sich, für sie zu streiten, trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen. Bricht die Gemeinschaft, das ist gewiss, dann zerbrechen mit Sicherheit auch die sozialen und ökonomischen Grundpfeiler ihre Mitglieder, angesichts der technischen Revolution und der globalen Entwicklungen in Asien, Afrika und Amerika eine düstere Perspektive. Unsere Demokratien sind nur so stabil wie die Institutionen, die sie tragen. Und die Institutionen sind nur so stark wie die Verlässlichkeit und Entschlossenheit der politischen Repräsentanten, die sie vertreten und nicht zuletzt wir, die Bürgerinnen und Bürger selbst, die bereit sind, Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Scheitert Europa, dann scheitern wir alle!

Ein sehr persönliches Wort in diesem Zusammenhang: Unter uns hier in Magdeburg weilt heute auch der ungarische Botschafter. Ich war vor 29 Jahren, im Dezember 1989, wenige Wochen nach dem Fall der Mauer, mit Helmut Kohl in Budapest. Noch heute höre ich die Worte aus seiner Rede, die er anlässlich seiner Ernennung zum Ehrendoktor der Budapester Universität hielt: „Jeder soll wissen, dass es die Ungarn waren, die den ersten Stein aus der Berliner Mauer geschlagen haben.“ Diese Tatsache, meine Freundinnen und Freunde, sollten wir Deutsche nicht vergessen. Die Mitglieder der Senioren-Union, die in ihrer Mehrheit den Freiheitskampf der Ungarn noch in lebhafter Erinnerung und mit großer Sympathie begleitet haben und besonders gute Beziehungen zu ihnen pflegen, werden alles daransetzen und mithelfen, bestehende Missverständnisse in Europa zu beseitigen und notwendige Klärungen herbeizuführen.

Unbestritten muss von allen Europäern ein weiteres und sehr schwieriges Problem gelöst werden, das große Teile unseres Kontinents beherrscht. Viele Millionen Menschen aus Kriegs- und Armutsländern südlich und südöstlich der Grenzen Europas betrachten unseren Kontinent als Hort persönlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität. Wen wundert's, dass sich unzählige von ihnen aufmachen, um bei uns ein besseres Leben zu finden. Trotz fürchterlicher Kriege und Bürgerkriege hat sich die Bevölkerung in Afrika und Teilen der asiatischen Welt seit 1960 vervierfacht. Vorwiegend die daraus resultierende Armut hat die Verzweifelten in die überfüllten Boote getrieben.

Im Gegensatz zu Syrien und Afghanistan gehört die übergroße Mehrheit von ihnen individuell nicht zu den politisch Verfolgten oder vom Krieg bedrohten Personen. Bei allem Verständnis für die Not dieser Menschen und ihrem Wunsch nach einem besseren Leben darf aber nicht übersehen werden, dass eine übersprudelnde Flüchtlingswelle Europa überfordern und wirtschaftlich wie sozial in nahezu unlösbare Schwierigkeiten bringen würde. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass eine vernünftige Zuwanderung über das bisher praktizierte Asylrecht kaum zu erreichen sein wird. Allein das Wort „Asyl“ kann nicht genügen, automatisch Aufenthalt und Versorgung zu erreichen.

Eine unübersehbare Zahl an Migranten würde weiter vor den Grenzen Europas erscheinen und damit große Ängste auslösen, die allein den migrationsfeindlichen und nationalistischen Parteien Vorschub leistet. Wir müssen den wahren Fluchtursachen nachgehen und diese soweit es geht beseitigen. Allein mehr Geld für Afrika wird die Zustände nicht ändern. Wenn übelste Kriminelle an der Spitze afrikanischer Staaten ihren Reichtum Hungersnöten und Bürgerkriegen verdanken und in manchen Ländern Potentaten an jeder Bevölkerungskrise verdienen und Nutznießer humanitärer Katastrophen sind, wird eine Entwicklungshilfe in weiten Bereichen zu einer Bereicherung der Diktatoren führen, nicht aber der Bevölkerung zugutekommen. Andererseits gibt es bereits beachtliche Entwicklungen in Afrika, die Hoffnung machen, und zwar dort, wo mit politischer Vernunft und Weitsicht eine Reihe von Staaten ihre wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben und sichtbaren Erfolg gehabt hat. Solche Politik gilt es zu unterstützen, und nur so bekommt Afrika eine erfreuliche Perspektive. Jene Politiker wie Nichtpolitiker unterschätzen die Dimensionen der Schwierigkeiten, wenn sie meinen, alle tatendurstigen Afrikaner oder Asiaten könnten ohne Probleme in unserem Sozialstaat unterkommen und den unleugbaren Mangel an Fachkräften und Billigarbeitern beheben. Im Übrigen sollten sie wissen, dass Entwicklungsländer ihre Fachkräfte selbst bitter nötig haben, als dass wir sie zum Verlassen ihrer Staaten drängen und deren Stabilität weiter belasteten. Wenden wir uns endlich ab von neokolonialer, europäischer Besserwisseri und geben den Afrikanern selbst die Möglichkeiten, eine Lösung ihrer Probleme zu finden. Wir können ihnen vor allem dadurch helfen, Waffenlieferungen zu unterbinden. Bürgerkriege würden vermieden und jenen Machthabern das Handwerk gelegt werden, die daraus ihre Profite ziehen. Und helfen wir ihnen bei einer Technik, eine höhere Produktivität in ihrer Landwirtschaft zu erreichen, die es ihnen ermöglicht, genügend Produkte ihres eigenen Landes kaufen zu können. Lieferungen von Lebensmitteln, die in Europa mit Steuergeldern subventioniert und dann unter dem Preis der von den Afrikanern selbst erzeugten Lebensmittel nach Afrika geliefert werden, zerstören alle Bemühungen einer sinnvollen Entwicklungshilfe.

So können wir den Interessen der Afrikaner nicht dienen und sie in die Lage versetzen, sich in ihrer Heimat wohl zu fühlen und nicht in Europa ihr Glück suchen zu müssen. Und was die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten anbelangt, sollten wir intensiver darüber nachdenken, wie sie nach dem Schweigen der Waffen und nach Beendigung der grauenvollen Zerstörungen in ihren Herkunftsländern dort wieder eine sichere Heimat finden. Wir sollten ihnen Kapital an die Hand geben, ihre Häuser und Straßen, Schulen und Krankenhäuser wieder aufzubauen und eigene Unternehmen zu gründen. So könnte Europa die Frage von Flucht und Zuflucht, die unsere Gesellschaft spaltet, ein gut' Stück erfolgreicher beantworten.

Allein mit mangelndem Vertrauen, fehlendem Mut, Verzagtheit und „German Angst“ kommen wir nicht weiter. Krisenzeiten sind immer auch Zeiten für Populisten und linke wie rechte Radikalos, die ausschließlich am Erhalt von Problemen interessiert sind und nicht an deren Lösung.

Selbstbewusst und überzeugend müssen wir der Öffentlichkeit klarmachen, welche Argumente wir ihnen entgegensetzen. Vor allem müssen wir mehr als bisher die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen und ernsthafter mit ihr diskutieren. Hochnäsige Ansprachen und Besserwisserei sind töricht und fehl am Platz. Wenn wir Glaubwürdigkeit gewinnen wollen, brauchen wir wieder mehr die persönliche Nähe zum Bürger und das persönliche Gespräch. Ist eine Grundstimmung pessimistisch, so sind verständnisvolle Worte angesagt. Die Wähler wollen Diskussionen von Politikern nicht ausschließlich in Talkshows sehen und hören, sie wollen lebhaftig am Disput beteiligt sein.

Ein Beweis dafür sind die ungemein die Politik belebenden Auftritte der drei Aspiranten für die Position der Bundesvorsitzenden bzw. des Bundesvorsitzenden der CDU geworden. Die Wähler reagieren geradezu begeistert darauf, in den Regionalkonferenzen selbst Fragen stellen zu können, auf die sie eine persönliche Antwort erhalten. Ein solcher Umgang schafft Nähe und Vertrauen, die der Bildschirm bei weitem nicht bieten kann. Die Mitglieder der Senioren-Union werden die Debatten der Kandidaten in den Regionalkonferenzen weiter genau verfolgen, nachdem bereits ein Gespräch zwischen ihnen und der Senioren-Union gemeinsam mit der Jungen Union stattgefunden hat. Ihre Vertreter auf dem Bundesparteitag der CDU in Hamburg werden sich dann entscheiden. Jetzt aber schon zeigen die Länderveranstaltungen vor allem eins: Die CDU kommt wieder in Fahrt. Unbestritten ist die Union die erfolgreichste Volkspartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Sie muss aber nun beweisen, dass sie nach Beendigung ihrer total überflüssigen innerparteilichen Differenzen bewusst die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aufnehmen und siegreich beenden will. Wenn der Wähler den Eindruck hat, dass Politiker einen Streit führen, der nur dem Ziel dient, innerparteiliche Konflikte zu lösen, dann wendet er sich ab und votiert für den, der sich aus solchen Streitereien heraushält. Man kommt ins Grübeln, wenn man sich an die Auseinandersetzungen um einen hohen Bundesbeamten erinnert, der für einen großen politischen Fehler noch befördert werden sollte. Wenn nach heftigen Protesten der Bevölkerung die Beförderung vereitelt wurde, dann hat der ganze Trubel insoweit noch ein positives Echo gefunden, als die Demokratie ihren Sinn beweisen konnte.

Mit Verlaub, meine lieben Freundinnen und Freunde, selten zuvor hätte die Bevölkerung ein größeres Maß an Alterserfahrung in der Politik gebraucht als in der gegenwärtigen Zeitspanne. Stattdessen ertönt aus einer mit Vorurteilen befrachteten Ecke der Gesellschaft ein Ruf von vorgestern, die Politik benötige notwendigerweise eine deutlichere Verjüngung. Jenen forschen „Spring-ins-Feld-Propheten“ sei gesagt, dass Politik zunächst überall und grundsätzlich Klugheit und Erfahrung braucht, und in diesem Zusammenhang ist ein gemeinsames Handeln von Jung und Alt erstrebenswert. Beide Generationen sind tragende Säulen für eine funktionierende Demokratie und unverzichtbar für die Lebendigkeit unseres Gemeinwesens.

Der Elan und die Begeisterung der Jüngeren verbinden sich mit den Erfahrungen und Erlebnissen der Älteren. Wer die Bilder vom Aufmarsch der rechten Randalierer vor Augen hat, muss wissen, dass wir Gefahren gegenüberstehen, die wir aus eigener Erfahrung kennen und die bereits in den 20er Jahren unser Volk bedrohten und schließlich in einer Katastrophe endeten. Wer wüsste das besser als die ältere Generation, die dieses bittere Schicksal erleiden musste. Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht, aber es gibt Parallelen. Nationalismus und Rassismus sind die Feinde von Demokratie und Menschenwürde. Und weil das so ist, muss allem widerwärtigen Treiben dieser Art schleunigst ein Riegel vorgeschoben werden, ohne Wenn und Aber.

Ich halte es für schlimm genug, dass die demokratischen Parteien, voran die Volksparteien, die für Stabilität und Stärke unseres Gemeinwesens nach dem Krieg großartiges, jawohl großartiges geleistet haben, häufig darunter zu leiden hatten, dass in den Medien vor einem Millionenpublikum jene nationalistischen Kräfte über Gebühr ihre zersetzende Meinung vertreten konnten, die über den Bildschirm bis in alle Wohnzimmer reichte. War es denn nötig, dass jede ekelige Provokation unverbesserlicher rechter Radikalos auf den Markt gebracht werden musste, und war es überhaupt vertretbar, dass solche Figuren ihre widerwärtigen antisemitischen Parolen ins vorgehaltene Mikrofon brüllen konnten? Mittlerweile hat die AfD die Kinder ihrer Revolution entlassen und ihre wahren Revolutionäre haben sich installiert. Wenn ich mir überlege, dass allein die Senioren-Union in ihrer Mitgliederzahl bald doppelt so stark ist wie die AfD, dann frage ich mich in der Tat, warum nicht einmal auch Bilder über Aktionen und Kundgebungen der politikerfahrenen „Generation der Erinnerung“ zu sehen waren, in der beispielsweise ein israelischer Rabbi anlässlich der 30jährigen Gründung der Senioren-Union der CDU das Hauptreferat gehalten und auf die großartige Verständigung und Versöhnung zwischen Israel und Deutschland hingewiesen hat. Die deutsche Öffentlichkeit hat nichts davon erfahren, als die Senioren-Union unter dem großen Beifall des Auditoriums feststellte, dass kein Volk auf der Welt so viel vom jüdischen Geist profitiert habe, wie das deutsche und vor dem Hintergrund unserer Geschichte Antisemitismus in welcher Form auch immer, verfolgt und bestraft werden müsse. Doch an diesem Tag des Jubiläums sah man auch wieder nur Bilder über die Auftritte rechtsradikaler Systemveränderer. Von dem weiß Gott aufmunternden und Mut machenden Auftritt der Senioren-Union im Adenauer-Haus in Berlin war nichts zu hören, zu sehen und zu lesen. So etwas macht nachdenklich!

Schon Konrad Adenauer hat immer daran erinnert, dass die CDU eine Volkspartei ist mit liberaler, sozialer und konservativer Tradition. Diese Volkspartei eint eine große gemeinsame Idee, die diese Teile unter dem „C“ zusammenführt. Es ist die Idee einer Politik vom christlichen Verständnis des Menschen, vom Primat der Menschenwürde und von dem unauflöslichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung. Daran möchte die Senioren-Union in schwieriger Zeit erinnern. Sie hält ihre Erlebnisse und Erfahrungen wach und wird es nicht zulassen, dass durch Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus unser Land ein weiteres Mal in Misskredit gebracht wird. Es bleibt dabei, gemeinsam mit den Jungen wollen und werden wir die demokratische Zukunft gestalten, im Dienste unseres deutschen Vaterlandes und seiner Menschen, nicht zuletzt im Dienst unserer europäischen Wertegemeinschaft.

Unter diesen Vorgaben stellt sich für die Senioren-Union die Frage, ob ihre politische Arbeit im Wesentlichen auf die Betreuung von Canvassing-Ständen und die Verteilung von Flyern bei Wahlkämpfen beschränkt sein soll, während an anderer Stelle statt solider Politik sinnlose innerparteiliche Streitereien an der Parteispitze manche ehrenamtliche Tätigkeit der Älteren hat als überflüssig erscheinen lassen. Es verbittert unsere Freunde und entmutigt sie, wenn sie auf zugigen Marktplätzen und an den Ständen die Frage zu hören bekommen, warum sie für die Partei überhaupt noch werben würden, während sich Parteioberer bereits in öffentlichen Verlautbarungen mit der Niederlage abgefunden hätten. Es wird höchste Zeit, dass man in der Union über eine neue Wahlstrategie nachdenkt.

Die Senioren-Union fordert, nicht zuletzt wegen ihrer unleugbaren Stärke, mehr Mitverantwortung und Mitarbeit in den Vorständen auf allen Ebenen der Partei, ebenso eine deutlich erkennbare Präsenz in den CDU-Fraktionen der Parlamente, vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament, zum einen wegen ihrer Berufs- und Lebenserfahrung, zum anderen aufgrund der Tatsache, dass bald 35 % der Wähler älter als 60 Jahre sind und auch die Mehrheit der CDU-Mitglieder die 60 Jahre-Latte übersprungen hat. Ich frage nach den Gründen, warum den älteren Abgeordneten in der Bundestagsfraktion lange eine eigene Gruppe vorenthalten worden ist, neuerdings aber doch ein Umdenken signalisiert wurde. Es dient jedenfalls weder den Interessen der Unionsfraktion noch entspricht es den Vorgaben der politischen Klugheit, wenn man der größten Wählergruppe in der Politik nicht auch jene Beachtung durch eine eigene „Gruppe der Älteren“ beimisst, wie das mit Blick auf die Junge Union, die Frauen Union, die Sozialausschüsse und die Mittelstandsvereinigung seit Jahren selbstverständlich ist. Natürlich brauchen wir eine Politik über Senioren, besser wäre, noch eine Politik mit Senioren, größeren Erfolg wird man aber mit einer Politik von Senioren erzielen.

Die Globalisierung und die mit großer Geschwindigkeit fortschreitende Digitalisierung schaffen auch in Deutschland Probleme. Wir lösen sie nicht damit, dass wir sie ignorieren. Im Gegenteil, wir müssen uns mit unserem Können, unseren Talenten und Erfahrungen dieser Herausforderung mutig und optimistisch, keinesfalls mit Verzagtheit stellen. Unsere großen Erfolge im Export beweisen, dass wir auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind und gerade durch die Globalisierung mit offenen Märkten und offenen Grenzen große Vorteile erzielen konnten. Aber wir müssen weiter hinzulernen. Die Digitalisierung, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind, werden Bereiche unseres Lebens beeinflussen, die wir uns heute überhaupt noch nicht vorstellen können.

Die Bürger sehen die Gefahr einer völligen Auflösung ihrer Privatsphäre, den Verlust von Arbeitsplätzen, die Roboter ausfüllen und eine Technik auf sich zukommen, die unbeherrschbar zu werden erscheint und sie ängstigt. Gewiss, Millionen heutiger Arbeitsplätze werden durch die Digitalisierung fortfallen, aber ebenso gewiss ist es auch, dass Millionen neue Arbeitsplätze entstehen werden. Jede technische Entwicklung in der Vergangenheit hat im Ergebnis mehr neue Arbeitsplätze geschaffen, nicht nur in der Industrie und im Handel, sondern auch in solchen Sparten, die sich mit zunehmendem Wohlstand der Menschen neu entwickeln, beispielsweise im Tourismus und all' den Branchen, die mit der Gestaltung der Freizeit zu tun haben. Ebenfalls gilt das für neue Tätigkeiten in der Pflege, im Verkehr und im zunehmenden Reparatursektor. Pessimismus ist die ungeeignetste Eigenschaft, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Eine besondere Forderung für die Bewältigung der Zukunft ist aber unabdingbar. Ohne mehr Bildung und Ausbildung werden wir die kommenden Jahre nicht erfolgreich bestehen können. Dafür muss die Politik einen unveränderlichen Grundsatz festschreiben, dass die soziale Herkunft und die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses keine Voraussetzung für Bildung und Ausbildung eines Menschen sein dürfen. Es wäre eine unverzeihliche Niederlage für unser Land, wenn in bildungsfernen Schichten aufwachsende junge Menschen ihre berechtigten Chancen auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit mangels finanzieller Möglichkeiten oder anderer unverschuldeter Umstände nicht nutzen konnten. Bildung und Ausbildung zu missachten oder als nebensächlich zu betrachten, hieße die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Demokratie in Frage zu stellen.

Wenn ich von Bildung und Ausbildung spreche, so meine ich nicht nur ein Bildungs- und Ausbildungsangebot an junge Leute. In gleicher Weise haben Ältere einen Anspruch auf Bildung und Weiterbildung, der gefördert und unterstützt werden muss, um auch ihnen die berechnete Chance zu geben und zu erhalten, einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz auszufüllen. Infolge der Digitalisierung werden insbesondere viele bestehende Arbeitsplätze überflüssig werden und neue entstehen, die sie nur mit zusätzlichem Wissen ausgefüllt werden können. Und wer einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit das Wort redet, der muss auch den Älteren als Voraussetzung dafür ein uneingeschränktes Recht auf Weiterbildung einräumen.

In der letzten Zeit wird wieder lauter über die Sicherheit der Rente nachgedacht und diskutiert. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob infolge der demographischen Entwicklung die gegenwärtige Rentenformel noch Bestand haben kann, sondern ebenso darum, ob die zukünftig zu erwartende Rente noch für einen normalen Lebensunterhalt reicht. Sollte nämlich die Durchschnittsrente in den kommenden Jahren auf einen so niedrigen Prozentsatz des bisherigen Einkommens abgeschmolzen werden, der für ein normales zivilisiertes Leben nicht mehr ausreicht, so wäre das ein Skandal, umso mehr, wenn der Betroffene sein ganzes Arbeitsleben gearbeitet, ungeschmälert seine Beiträge gezahlt und auch nicht von der öffentlichen Hand Transferleistungen erhalten hat und am Ende nur eine Rente in Höhe der Sozialhilfe für ihn übrig bliebe. Ein solcher Tatbestand käme der Auflösung des Sozialstaates gleich. Unbestritten ist, dass die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt wird, wenn ältere Arbeitnehmer länger arbeiten und sie damit ihre Rente aufbessern könnten.

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung feststellt, geht fast jeder dritte Neu-Ruheständler weiterhin einer Tätigkeit nach, und zwar in vielen Fällen aus Freude an der geleisteten Arbeit. Nun wird dies in der Regel nicht von allen Berufstätigen verlangt werden können, deren Arbeit mit besonderen körperlichen Anstrengungen verbunden ist, die erfahrungsgemäß ab einem bestimmten Alter nicht mehr geleistet werden kann. Inwieweit in solchen Fällen noch Umschulungen möglich sind oder Teilzeitarbeit in anderen Berufszweigen mit weniger anstrengender Arbeit gefunden werden kann, sollte nüchtern und vorurteilsfrei geprüft werden. Überhaupt kein Verständnis habe ich aber dafür, dass Älteren eine Verlängerung der Arbeitszeit allein mit der Erreichung des gesetzlichen Renten- oder Pensionsalters verwehrt oder erschwert wird, die gerne weiterarbeiten möchten und es auch noch können. Die Senioren-Union begrüßt deshalb die Initiative der Bundesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Verbund mit einer angepassten Verbesserung der Rente. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur der erste.

Ansonsten werden wir die Ergebnisse der von der Bundesregierung einberufenen Rentenkommission abwarten, in deren Arbeit auch die Senioren-Union eingebunden ist. Die Kommission soll einen Plan entwickeln, der über einen länger andauernden Zeitraum die Sicherheit und die für ein geregeltes Leben im Alter notwendige Höhe der Rente festschreibt und dabei die Beitragszahler nicht überfordert. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Die Senioren-Union wird die Beratungen der Rentenkommission aufmerksam begleiten und ihre Pläne und Vorstellungen öffentlich machen.

Eine ebenso wichtige Forderung der Älteren, wie die nach einer soliden Alterssicherung, besteht in einer ausreichenden medizinischen Versorgung, einer menschenwürdigen Pflege, die die Betroffenen nicht an den Rand der Gesellschaft abdrängt und ihnen die menschliche Zuwendung und Nähe vorenthält. Leider wird wohl das im bisher üblichen Generationenmiteinander historisch gelebte und verankerte soziale Netz der Familie in Zukunft für die Pflege allein nicht mehr reichen. Die Familie als „verlässliche Vollversicherung“ wird in den meisten Fällen fehlen. Deshalb muss der solidarische Rahmen weiter gefasst werden. Die Kosten für eine moderne ärztliche Betreuung, für ein wachsendes Pflegepersonal, neue Medikamente, wie insbesondere auch für die medizinische Forschung werden steigen. Fest steht, dass mehr Ärzte allein nicht automatisch mehr Gesundheit bringen. Aber Gedanken mache ich mir schon, wenn ich an das flache Land denke, wo Ärzte keine Nachfolge finden und ganze Landstriche eines Tages ohne ärztliche Versorgung dastehen werden, wo Kranke für den Weg zum Arzt hin und zurück sogar mit einer Hotelübernachtung rechnen müssen. Mit der vielbeschworenen Telemedizin ist das Problem gewiss nicht – noch nicht - zu lösen. Das alles ist vorerst noch Zukunft, allein Lösungen brauchen wir jetzt und heute.

Wir freuen uns darüber, dass die Initiative der Senioren-Union, die Zulassungsvoraussetzungen für ein Medizinstudium zu ändern, Erfolg hatte. Sogar ein Gerichtsurteil bestätigte unsere Forderung nach Beseitigung völlig unverständlicher Eignungskriterien. Mir ist mit Blick auf den späteren Beruf eines Mediziners ein junger Medizinstudent lieber, der mit großer Emotion und Hingabe dem kranken Menschen ein Heiler und naher, vertrauensvoller Ratgeber ist, als der, der seine Zulassung zum Medizinstudium dadurch legitimiert, dass er alle achttausender Gipfel des Himalaya der Reihe nach aufsagen kann. Und an den nötigen Geldern dürfte es in unserem reichen Land auch nicht scheitern, die medizinischen Fakultäten personell, technisch und baulich in einer Weise auszustatten, endlich mehr Mediziner auszubilden, wie das in Großbritannien, Ungarn, Polen und den USA, um nur einige Länder zu nennen, seit langem unproblematisch und selbstverständlich ist.

Ich empfehle auch einmal darüber nachzudenken, jenen Medizinstudenten die Zulassung zum Medizinstudium zu erleichtern, die sich vorzeitig verpflichten, jedenfalls für eine bestimmte Zeit, eine Landarztpraxis zu übernehmen oder eine neue zu gründen. Den Bürgern auf dem platten Land würde ein solches Verfahren weitaus mehr dienen als Medizinstudenten auszubilden, die nach dem Examen nur eine Klinik bevorzugen oder sogleich in die Pharmaindustrie abwandern, weil dort gewöhnlich geregelte Arbeitszeiten bestehen und ein besseres Salär gezahlt wird.

Gewiss, die Menschen können von der Politik vieles fordern, aber gesund machen kann sie die Politik sicher nicht. Andererseits wollen sie auch nicht ständig unter dem Druck drohender Krankheiten ihren Alltag erleben. Sie wollen lachen und fröhlich sein, wollen tanzen und musizieren, wollen träumen und ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Freude und Frohsinn, ein Glas Wein und ein geselliger Nachbar sind häufig eine gute Prävention zur Verhinderung so mancher Krankheit. Ich bleibe dabei, viele Krankheiten würden erst gar nicht auftreten, so man ein wenig mehr die Gelegenheit nutzte, sich durch eine klügere Ernährung und körperliche Bewegung gegen sie erfolgreicher zu positionieren, und positive Gedanken können dabei auch nicht schaden.



Warum eigentlich handeln so manche unserer Zeitgenossen nach dem Motto: „In der ersten Hälfte des Lebens wird die Gesundheit ruiniert, um möglichst viel Geld zu verdienen, das dann in der zweiten Hälfte zur Herstellung der Gesundheit wieder ausgegeben wird“. Für die Gesundheitspolitik ist es allemal besser und vor allem billiger, Kosten zur Vermeidung von Krankheiten zu begleichen, als weitaus höhere Ausgaben leisten zu müssen, wenn die Krankheit erst ausgebrochen ist.

Ein weiteres großes und akutes Problem in unserer Gesellschaft ist die vornehmlich in Ballungsgebieten festzustellende Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, der neben Familien mit Kindern recht häufig Rentner und ältere Menschen belastet. Bezahlbare Wohnungen gehören bekanntlich zu einem Grundrecht unseres Landes, das schon deshalb genau zu erfüllen ist. Die Politik muss schon deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, den Neubau von Wohnraum zu fördern und zu beschleunigen, vor allem im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Jenen Menschen, die aufgrund ihres Einkommens nicht in der Lage sind, den von ihnen geforderten Mietpreis zu zahlen, muss geholfen werden, und zwar unverzüglich. Die Senioren-Union fordert alle staatlichen Stellen in den unterschiedlichen Bereichen auf, unbürokratisch und im engen Zusammenwirken schnellstens Abhilfe zu schaffen.

In einer Zeit, in der die große Zahl der Beschäftigten und eine florierende Wirtschaft in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Staaten als ein selbstverständlicher Tatbestand betrachtet wird und zu politischen Diskussionen darüber kaum Anlass besteht, überkommt uns urplötzlich ein Tropensommer, in dem die Hitze zu einem Dauerzustand wurde, Felder verdorren, Flüsse austrockneten und die Ökologie plötzlich wie aus heiterem Himmel wieder in den Vordergrund rückte.

Stromverbrauch und Plastiktüten wurden zu einem Politikum, und die Erderwärmung wurde als eine höchst bedrohliche Herausforderung empfunden, obwohl man weiß, dass der Kauf einer Juteeinkaufstasche anstelle einer Plastiktüte die Erwärmung der Welt nicht einmal um den Bruchteil eines Millionstel Grads aufhalten kann. Aber ein solches Handeln beweist Symbolpolitik. Und mit Symbolpolitik wächst die Verantwortung. Wir müssen alle umdenken, und wenn wir das tun, erleben wir solche Gedanken sogar als Gewinn. Insofern wandelt sich für uns nicht nur das Klima, sondern auch wir verändern mit einem Mal unsere Einstellungen. Diese sind auch vernünftig und eine ideologiefreie Debatte über Klimaschutz ebenso.

Heute erinnere ich mich zuweilen an meinen früheren Bundestagskollegen und Parteifreund Herbert Gruhl, den Autor des Buches „Der Planet wird geplündert“, eine der ersten beachtenswerten Veröffentlichungen über den Schutz der Umwelt. Mich hat Gruhl seinerzeit mit seinen Thesen außerordentlich beeindruckt. Ich weiß noch, als er mir anvertraute, wie es ihn verletzte, von Kollegen wegen seiner Forderungen zum Umdenken in der Klimapolitik belächelt zu werden. Was hätte die Union gewinnen können, so sie seinerzeit ernsthafter und verständnisvoller mit seinen Überlegungen umgegangen wäre? Holen wir es nach und machen den Schutz der Umwelt zu einem Zentralthema unserer Politik, schließlich auch deshalb, weil die Bevölkerung es so will.

In der Frage der Rechtssicherheit dürfen wir nicht Gefahr laufen, dass unsere demokratische Ordnung an Stabilität verliert. Es ist nicht akzeptabel und spricht für eine Erosion des Rechtsstaates, wenn, wie bekannt, Abgaswerte für Dieselfahrzeuge zwar gesetzlich festgelegt wurden, der Staat sich aber nicht willens zeigte, für ihre Einhaltung zu sorgen.

Als die Gerichte schließlich die Befolgung der Gesetze anordneten und Fahrverbote verfügten, durfte man sich nicht wundern, dass die Bürger dem Staat Schwäche vorwarfen, weil er zuließ, dass sich mächtige Konzerne am geltenden Recht vorbeimogelten. Im abendländischen Rechtssystem, aber auch im Rechtsempfinden der Menschen gilt allgemein der Grundsatz, dass der Schädiger für den von ihm angerichteten Schaden einzustehen hat und nicht umgekehrt. Wer als überführter Tunichtgut hohe Milliardensummen als Entschädigung über den Atlantik in die USA überweist, darf sich in Deutschland vor deutschen Staatsbürgern für das gleiche Delikt nicht ungeschoren aus dem Staube machen. Ohne Rechtsstaatlichkeit nimmt die Demokratie Schaden. Ihre Gegner warten nur darauf, sie als eine überholte Staatsform zu diskreditieren.

Auf dem Gebiet des Asyl- und Migrationsrechts wird häufig eine Diskrepanz zwischen geltendem Recht und seiner praktischen Anwendung deutlich. Wenn beispielsweise eine illegale Zuwanderung stattfindet, dann wird eine gesetzlich vorgesehene Ausweisungspflicht vielfach nicht angewendet. Und so beispielsweise Vertreter großer islamischer Clans öffentlich bekunden, für sie gelte allein das Recht ihrer Familie, dann muss solchen Herrschaften umgehend zu verstehen gegeben werden, dass die Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland abgelaufen ist. Es kann auch nicht hingenommen werden, dass ein Clanvertreter bei einer Kontrolle durch die deutsche Polizei einem der Beamten ungestraft zurufen kann, er möge ihm doch bitte seine Privatadresse und die Zahl seiner Kinder nennen. So etwas kann nicht hingenommen werden. Ebenso wenig hinnehmbar ist es, dass an Freitagen häufig Kinder aus muslimischen Familien nicht zum Schulunterricht erscheinen. In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht und diesem Gesetz unterliegen ausnahmslos alle Kinder in unserem Land, unabhängig vom Glauben ihrer Eltern. Wer Gesetze nicht befolgt, hat mit Konsequenzen zu rechnen. Erfolgen sie nicht, dann darf man sich über Staatsverdrossenheit nicht wundern.

Ohne Zweifel war es auch kein Beweis für eine gelungene Integration, als kürzlich anlässlich der Einweihung der Ditip-Moschee in Köln mehr als 15.000 junge türkischstämmige Deutsche erschienen und Erdogan zuriefen: „Wir sind deine Armee, und du bist unser Kommandant!“ Dabei formten die meisten von ihnen ihre Hände zu einem Zeichen der „Grauen Wölfe“, einer faschistischen Vereinigung. „Wir haben zwar einen deutschen Pass“, so riefen sie, „aber Türken sind wir geblieben“. Wenn diese jungen Menschen mit deutschem Pass Erdogan-Fans sind, für den sie alles tun würden, wie sie bekundeten, dann stellt sich doch die Frage nach einer gelungenen Integration. Sprache und deutscher Pass allein sind dann für sie wohl keine hinreichenden Beweiskriterien mehr, eine Huldigung Erdogans scheint eher ein sichtbares Zeichen für fehlendes Demokratieverständnis zu sein und nicht minder eine fehlende Akzeptanz gegenüber den Forderungen des Grundgesetzes.

Wer solche Tatbestände verharmlost, darf sich nicht wundern, wenn nationalistische und islamistische Vorstellungen zu einer Gefahr für unseren Rechtsstaat werden. Umso mehr sollte gemäß dem Beschluss unseres letzten Bundesparteitages vor zwei Jahren in Essen der Doppelpass nicht unbedingt mehr als ein hilfreicher Teil für eine Integration angesehen werden. Wenn nämlich Erdogan die türkischstämmigen Deutschen auffordert, auch einen deutschen Pass zu beantragen, letzterer aber nur dazu dient, das Verhältnis zwischen Türken und Deutschen zu erschweren, dann sollten wir von weiteren Maßnahmen absehen, die einer automatischen Verleihung des Doppelpasses das Wort reden und sie zu einer Alltäglichkeit machen.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger in unserem Land fragen, was angesichts der Entwicklungen in der Welt vor dem Hintergrund des Aufkommens neuer machtvoller Nationen außerhalb unseres Kontinents und in den Vordergrund drängender Religionen getan werden muss, die die christliche Kultur und die westlich orientierte Wertegemeinschaft ablehnen, teilweise sogar offen bekämpfen, dann muss darauf eine Antwort gefunden werden, die sich an der Wirklichkeit orientiert und den Menschen in unserem Land die Sorgen nimmt. Ich möchte darauf als Europäer eine Antwort geben: Das Christentum ist zwar nicht von Europa ausgegangen, aber in Europa hat es die geschichtswirksamsten Konturen und seine wesentlichen intellektuellen Ausprägungen gefunden. Es bleibt deshalb in einzigartiger Weise mit unserem Kontinent verbunden.

Unsere europäische Kultur hat ihre Wurzeln in der griechischen Philosophie mit ihren demokratischen Traditionen, im römischen Recht, den Wertvorstellungen des Christentums und den unwiderruflichen Postulaten der Aufklärung, die alle zum Fundament des europäischen Geisteslebens gehören und am Ende den europäischen Verfassungen ihren einzigartigen freiheitlichen Rang verliehen haben.

Für diese Kultur und die daraus resultierenden Gesetze haben Millionen von Frauen und Männern in einem mehr als 3.000 Jahre währenden Prozess Frieden und Freiheit gesucht und gewollt und dafür zuweilen unsäglich gelitten und unermessliche Opfer gebracht. So entwickelte sich zur Leitkultur unseres rechtlichen Denkens in Deutschland unser Grundgesetz, und dabei wird es bleiben! Unter diesem Gesetz heißen wir alle Fremden in unserem Land willkommen. Wer sich dagegen von den Vorgaben unserer Verfassung eingeengt fühlt, ihre Forderungen sogar als Angriff auf seine persönliche Identität empfindet, dem gibt unsere freiheitliche Verfassung jederzeit das Recht, unser Land wieder in voller Freiheit verlassen zu können. Mitglieder anderer Religionen haben das Recht, in unserem Land ihren Glauben zu praktizieren, wie es unsere Verfassung erlaubt. Und gehindert ist auch kein Moslem daran, einmal darüber nachzudenken, dass Christen zu den am meisten verfolgten Gläubigen in der Welt gehören und für ihre Bekenntnistreue bestraft werden, nicht selten in muslimischen Ländern sogar mit der Todesstrafe rechnen müssen, unabhängig von den grausamen Methoden islamischer Terrormilizen. Christen sind und bleiben zum Dialog mit Andersgläubigen bereit. Ein Dialog kann aber nur funktionieren, wenn alle Beteiligten sich an gemeinsame Regeln und an gemeinsame Wertevorstellungen halten. Dialogbereitschaft bedeutet nicht Standpunktlosigkeit.

Und wir Deutschen sprechen in Deutschland Deutsch, nicht Englisch, es sollte auch kein „Denglisch“ sein, nicht Chinesisch, nicht Japanisch, nicht Italienisch und auch nicht Arabisch oder eine andere Sprache. Wenn Zuwanderer Teil unserer Gesellschaft werden wollen, dann bitte lasst uns Deutsch miteinander sprechen. Ein Volk fährt gegen die Wand, wenn es sich im eigenen Land nur über Dolmetscher verständigen muss. In jedem Fall müssen Parallelgesellschaften, die sich unterschiedlichen Gesetzen und Wertevorstellungen verbunden fühlen, verhindert werden. In Deutschland gilt die Scharia ebenso wenig wie ungleiches Recht für Mann und Frau. Bloß mit permanenter Distanzierung und mit Rückzugsbewegungen auf dem Feld unserer freiheitlichen europäischen Traditionen werden wir auf die Dauer Schiffbruch erleiden. Allein Beschwichtigungen und Mahnungen zur Toleranz werden sogenannte Gotteskrieger nicht von ihren schändlichen Taten abhalten. Ob wir es wollen oder nicht, angesichts solcher Gegnerschaften müssen wir einsehen, dass unsere säkularen Lebensformen auf dem Spiel stehen. Wir können damit fertig werden und Gefahren abwehren, so sich die Europäer darüber klar sind, wofür sie stehen und zu welchen Bedingungen sie zu kämpfen bereit sind. Ihr technischer Fortschritt und ihr Reichtum allein werden auf die Dauer kein wirksamer Schutzschild sein. Wenn der Europa prägende Freiheitsgedanke ins Wanken gerät, ist neben dem freien Glauben auch die Demokratie in Gefahr. Wer das nicht einsieht, hat augenblicklich den Kampf verloren.

Wir Europäer brauchen wieder mehr Stehvermögen und Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer politischen Ziele. Wenn wir uns vor Augen führen, dass in den unterschiedlichsten Ländern aus Feinden Freunde wurden, jahrhundertealte Erbfeindschaften ein Ende fanden, dann liegt die Einzigartigkeit dieser Entwicklung Europas darin, seine Vision von einer unabänderlichen Friedensperiode Wirklichkeit werden zu lassen, die es zum Hoffnungsträger für alle freiheitsbewussten und friedvollen Menschen in der Welt gemacht hat. Dieses Wunder gilt es zu bewahren. Mit Satttheit und in Liegestuhlmentalität werden wir unseren Erfolg nicht halten. Die ältere Generation in unserem Land steht aufgrund ihrer Erfahrungen und ihres persönlichen Einsatzes für die Freiheit in besonderer Pflicht. Sie muss weiter Vorbild bleiben und Flagge zeigen, heute und morgen, um in schwierigen Situationen unseres Landes den Grundkonsens aller Demokraten zu verteidigen und zu stärken und ihn als eine unverzichtbare Kraft unserer Gesellschaft zu begreifen. Europa ist zuerst und vor allem eine Wertegemeinschaft und nicht bloß eine Handelsgesellschaft. Europa ist ein Hort des Friedens. In seinem Geist wollen wir mit unseren Nachbarn zusammenleben und in dieser Gemeinschaft bekennen, dass unser Land auch in Zukunft eine tatkräftige und starke Hand nötig hat, nicht minder ein großes und weites Herz. Mit beiden, meine lieben Freundinnen und Freunde, mit Herz und Hand wollen wir ihm brüderlich vereint zurufen: Blühe deutsches Vaterland!